

# Neue Studie über rechte Gewalt und Prävention erschienen

*Bericht: Technische Universität Berlin*

## **Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin veröffentlicht Studie über die Entwicklung rechter Gewalt in Berlin**

**U**nter dem Titel „Rechte Gewalt und Prävention. Berliner Erfahrungen 2015 bis 2017“ hat die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin eine neue Studie publiziert. Darin haben Dr. Michael Kohlstruck und sein Team die Themen Prävention und Bekämpfung von rechter Gewalt wissenschaftlich untersucht und ausgewertet. Die Studie ist im Auftrag der „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ entstanden und wurden von der Landeskommission teilfinanziert.

Wie hat sich rechte Gewalt im Untersuchungszeitraum von 2015 bis 2017 in Berlin entwickelt und wie lässt sie sich erklären? In welcher Weise haben Sicherheitsbehörden, freie Träger\*innen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf diese Entwicklung reagiert? Welche praktischen Strategien in der Auseinandersetzung mit rechter Gewalt können für die Zukunft entwickelt werden?

Mit diesen Fragekomplexen beschäftigt sich die Studie „Rechte Gewalt und Prävention. Berliner Erfahrungen 2015 bis 2017“ der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am ZfA. In einem ersten Schritt zeigt die Studie die quantitative Entwicklung rechter Gewalt im Untersuchungszeitraum auf, thematisiert wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis des behördlichen und des zivilgesellschaftlichen Monitorings. Unterstrichen wird, dass anders als in den 1990er Jahren die Tatverdächtigen nun zu 90 Prozent älter sind als 21 Jahren, dass sich die Mobilität der Tatverdächtigen erhöht hat und dass im Geheimen operierende Netzwerke existieren.

In der Studie werden im Weiteren Opfer, Tatkomplexe – wie etwa die Anschlagsserie in Berlin-Neukölln – und rechtsradikale Milieus beschrieben. In einem Kapitel widmen sich die Wissenschaftler den Möglichkeiten der praktischen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und zeigen unterschiedliche Perspektive von Sicherheitsbehörden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiterer Regelangebote auf.

Im Hinblick auf den praktischen Umgang mit rechter Gewalt werden ergänzend auch Arbeitsansätze anderer deutscher Großstädte wie Bremen, Dresden, Hamburg, Köln und München dargestellt.

Abschließend zeigen Überlegungen zu künftigen Strategien, inwiefern neben der Präventionslogik der Sicherheitsbehörden die originäre Handlungslogik der Bildungsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Gemeinwesenarbeit stärker zur Geltung kommen sollten.

**Die Studie (BFG Nr. 72) steht kostenfrei zum Download bereit:**

<https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2020/>

---

28.01.2021

Stefanie Terp Stabsstelle Kommunikation, Events und Alumni  
Technische Universität Berlin

Quelle:

[www.idw-online.de](http://www.idw-online.de)

[www.tu-berlin.de](http://www.tu-berlin.de)